

# Sächsische Vorkzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwiger Anzeiger

Bankkonto: Stadtkass Dresden, Girokonto: Dresdner Bank, Nr. 658  
Postkassenkonto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bismarck, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wahren, Niederpörsch, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Nr. 55

Freitag, den 6. März

1925

## England und Deutschland

Der Liberale Fisher übt scharfe Kritik daran, daß England die Räumung der Kölner Zone verzögert. — Auston Chamberlain spricht sich eingehend über diese Frage aus und bestätigt, daß Deutschland ein Sicherheitsangebot gemacht hat

### Die Unterhaus-Ausprache

Der Liberale Fisher, der gestern im Londoner Unterhause die Debatte über die auswärtige Politik eröffnete, sagte, die Debatte werde Chamberlain Gelegenheit geben, den Schleier zu lüften, den er bisher so erfolgreich über die Geheimnisse der auswärtigen Politik gedreht habe.

Die Liberalen seien der Ansicht, daß es wichtig sei, daß die britischen Delegierten für den Vorkriegsbund mit der Ansicht des Hauses vertraut seien. Er wolle jedoch nicht auf eine vorzeitige Erklärung der Politik dringen.

Die Verhinderung der Räumung Köln sei ein sehr wichtiger Schritt der Regierung.

Die britische Öffentlichkeit könne immer noch nicht die genauen Gründe für die Verhinderung der Räumung. Fisher drang auf die Veröffentlichung der Dokumente. Er sagte, es sei nicht genug, einfach der Welt die Hauptgründe anzugeben. Wenn er der Ansicht sein würde, daß eine Veröffentlichung die Vernichtung von Leben würde, so würde er nicht darauf dringen. Aber er wolle sich vor, die deutsche Regierung werde das Dokument erhalten und werde über den besonderen Verlauf unterrichtet werden, dessen sie bedürftig sei. Wenn die Deutschen das Dokument erhielten, dann müßte auch das Unterhaus es bekommen. Fisher erklärte weiter, es sei wünschenswert, daß Deutschland eingeladen werde, seine Bemerkungen zum Bericht zu machen und er begrüße gewisse Erklärungen über diesen Punkt. Die Liberalen empfänden große Befriedigung über die von Herrit und der französischen Presse geführte Sprache. Gewisse Worte unterstützen die Annahme,

daß nach Ansicht Frankreichs die Frage der Räumung Köln mit der Frage der allgemeinen Sicherheit verknüpft sei.

Seiner Ansicht nach seien die beiden Fragen vollkommen getrennt. Fisher fragte, ob die Räumung von der britischen Regierung unabhängig von der französischen Zustimmung durchgeführt werden würde, falls und wenn England vollkommen überzeugt sei, daß Deutschland seine Verpflichtungen im Wesentlichen erfüllt habe, oder verhalte es sich so, daß, bevor Köln geräumt werde, die Alliierten übereinkommen müßten, ob der Vertrag beobachtet werden solle?

Daß England es klar gemacht habe, daß es sich das Recht seines unabhängigen Urteils vorbehalte, wenn der bedauerliche Fall eintreten sollte, daß die Alliierten nicht übereinkommen?

Fisher sagte, die Engländer dürften nicht in Köln bleiben, wenn sie überzeugt seien, daß Deutschland den Vertrag im Wesentlichen erfüllt. England dürfe nicht einen unvorbedachten und unklaren Vertrag zur Entscheidung nehmen, um dort (in Köln) zu bleiben. Das Scheitern des englisch-amerikanischen Paktes sei eine sehr ernste Sache für Frankreich gewesen. Aber dies könne nicht gut gemacht werden durch eine Belagerung, Köln zu räumen.

Auston Chamberlain erwiderte: Vor allem sei es wünschenswert, daß die britische Politik eine nationale Politik sei. Die Opposition wisse, wie heikel die Fragen seien, mit denen sich Fisher befaßt habe. Es sei für ihn notwendig, daß er nicht nur mit Unsicherheit, sondern sogar mit Zurückhaltung über diese Dinge spreche. Chamberlain erklärte, was Danzig betreffe und die Fragen, die damit zusammenhängen, so würden diese Fragen sicherlich bei dieser Gelegenheit vor den Vorkriegsbund kommen. Chamberlain teilte mit, er hoffe bald, bestimmte Antworten der französischen Regierung auf den letzten britischen Schuldenvorschlag zu erhalten.

### Der Eisenbahnarbeiterstreik

#### Beringe Zunahme des Streikes

Zur Lohnbewegung unter den Eisenbahnen melden die Berliner Blätter, daß der Deutsche Eisenbahnerverband, der die örtlichen Streiks in Sachsen als wilde betrachtet, mit allen Mitteln versucht, eine weitere Ausbreitung der Streikbewegung zu verhindern. Heute mittag haben Verhandlungen zwischen dem Deutschen Eisenbahnerverband und der Deutschen Reichsbahndirektion über die Lohnfrage in Berlin begonnen.

Da die Bezirksleitung Sachsen des Deutschen Eisenbahnerverbandes den Streik als nicht wild erklärt und sogar seine Führung übernommen hat, sieht sie sich also allem Anschein nach in Gegensatz zu ihrer Hauptleitung.

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Dresden teilt uns mit:

Zur Vorgeschichte des Streiks ist folgendes festzustellen: Die Eisenbahnergewerkschaften hatten die den Lohn und die Arbeitszeit betreffenden Bestimmungen des Lohnarbeitsvertrages für den 28. Februar 1925 gekündigt, woraus seitens der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft mit den Spitzenvertretern der Eisenbahnergewerkschaften in Verhandlungen getreten wurde. Hierbei wurde die Vereinbarung getroffen, daß auch nach dem 1. März 1925 die gekündigten Bestimmungen des Lohnarbeitsvertrages als ungekündigt gelten sollten, bis die Verhandlungen zum Abschlusse gekommen seien.

Chamberlain erklärte weiter, er begrüße den neuen Schritt der deutschen Regierung, der große Maßstäbe für den Frieden und die Sicherheit der Welt habe und der Ausgangspunkt für eine wirkliche Erholung der europäischen Lage sein könne.

Es sei zu früh, zu sagen, daß diese Vorschläge wirklich dazu führen würden oder nicht. Aber es sei nicht zu früh, zu sagen, daß die britische Regierung ihnen die größte Bedeutung beimesse und beabsichtige, ihnen die ernsteste Ermahnung zu geben in der Hoffnung, daß in diesem freiwilligen Schritt der deutschen Regierung ein Weg gefunden werde, der von der unglücklichen Vergangenheit wegführe zu einer besseren und freudvolleren Zukunft. Wenn dies vollbracht werden könne durch und mit Hilfe Englands und wenn diese Hilfe erforderlich sei, um es zustande zu bringen, so werde sowohl die Hilfe wie auch der gute Wille Englands nicht fehlen.

Zur Kölner Frage sagte der Redner, daß die Besetzung des gesamten Gebietes auf 15 Jahre festgelegt worden sei mit dem Vorbehalt, daß das Kölner Gebiet nach 5 Jahren geräumt werden solle, wenn Deutschland seine Vertragsverpflichtungen erfüllt habe. Chamberlain fuhr fort,

man habe bis jetzt noch nicht einmal eine vertrauliche Würdigung über diejenigen Punkte erhalten, in denen sich Deutschland zu versagen bestünde.

Aber man habe vor einiger Zeit erfahren, daß Deutschland im Versuch war und daß es nicht berechtigt sei, die Räumung vor der Gutma- chung seiner Verträge zu beanspruchen. Was die Veröffentlichung des 162 Seiten umfassenden Berichtes der Kontrollkommission bedeute, so habe er keinen Grund etwas zu verbergen, wenn die Veröffentlichung zu einer Lösung

seien. Ungeachtet dieser Bindung und unerwartet des Ausganges der Verhandlungen hat der Deutsche Eisenbahnerverband die Führung des Streiks, ohne daß diesem die sonst übliche befristete Ankündigung vorausgegangen wäre, übernommen.

Im Laufe des gestrigen Tages ist außer auf den im Morgenbericht erwähnten Dresdener und Chemnitzer Dienststellen noch auf einigen anderen die Arbeit teilweise niedergelegt worden, u. a. in Reichenbach i. B., Kleina und Engelsdorf bei Leipzig. Die betriebliche Lage hat sich hierdurch nicht wesentlich geändert, da die ausgefallenen Posten in der Hauptsache mit bereitwilligen Beamten und sonstigen Ersatzkräften besetzt werden konnten. Insbesondere konnte der Personenverkehr ungehindert durchgeführt werden. Die vom Deutschen Eisenbahnerverband vorbereiteten gegenteiligen Mitteilungen z. B. über Störungen des Personenverkehrs im Dresdner Hauptbahnhof sind unzutreffend.

#### Fortgesetzte Verhandlungen

Die letzten Verhandlungen zwischen der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft und den Eisenbahnergewerkschaften über die Lohn- und Arbeitszeitfrage haben zu keinem abschließenden Ergebnis geführt. Sie sollen morgen fortgesetzt werden. Die Blätter aus Dresden melden, daß auch die internationalen Gewerkschaften Deutscher Eisenbahner ihre Mitglieder aufgefordert, sich am Streik zu beteiligen. Eine Versammlung der Ausführenden in Dresden fordert härmlich die Fortsetzung des Streiks.

dieser Frage führen würde. Wenn die Regierung zögern habe, so sei das nicht bedauerlich, weil sie etwas überlegen müsse, sondern weil sie nicht sicher war, ob die Vorteile gering oder groß gewesen seien.

Das Ziel der britischen Regierung sei, um frühestmöglichen Zeitpunkt von der deutschen Regierung die Erfüllung dessen zu erhalten, was gerechterweise nach dem Vertrag verlangt werden könne, damit die in Aussicht genommene Räumung der besetzten Gebiete sobald wie möglich in Kraft treten könne. Was die Sicherheitsfrage betreffe, die von zentraler Bedeutung sei, so wisse er, daß die Sicherheit der Hauptstädte für die schwierigsten Probleme des Ostens sei. Zur Frage, ob die deutsche Regierung eine Gelegenheit habe, ihre Beobachtungen und Anerkennungen den Alliierten vorzutragen, so müsse er widerstehen, daß er nur in Uebereinstimmung und nach Beratung mit den Alliierten sprechen könne. Was die Frage Fishers nach etwaigen

Vorschlägen Deutschlands anlangte, so habe Herrit bereits dem französischen Auswärtigen für auswärtige Angelegenheiten mitgeteilt,

daß derartige Vorschläge eingegangen seien. Chamberlains erste Kenntnis hiervon sei eine Mitteilung gewesen, die ihm in vertraulicher und abgemessener Form vor einigen Wochen erreicht habe. Er habe sofort erklärt, daß er eine Mitteilung dieser Art nicht annehmen könne unter der stillschweigenden Verpflichtung, daß er zu den Alliierten Englands nicht davon sprechen dürfe. Der deutsche Botschafter habe ihm sofort die Versicherung gegeben, daß es die Ansicht der deutschen Regierung war und sein gewesen sei, eine gleichzeitige Mitteilung nach Paris, Rom und Brüssel ergehen zu lassen. Das sei jetzt geschehen.

### Das deutsche Angebot

Es ist nach den von Auston Chamberlain im Londoner Unterhause gemachten Ausführungen als Tatsache hinzunehmen, daß die Reichsregierung in der Sicherheitsfrage durch die deutschen Botschafter in London und Paris tatsächlich einen Initiativschritt unternommen hat, als dessen Folge nunmehr eine außerordentlich lebhafteste Diskussion unter den alliierten Regierungen eingetreten ist. Von rechtsstehender Seite ist an dem Vorgehen der Reichsregierung, die über ihre Absichten während der letzten Zeit strengstes Stillschweigen gewahrt hatte, ziemlich scharfe Kritik geübt worden. Man befürchtet nämlich, daß sich die deutsche Außenpolitik in der Sicherheitsfrage vorläufig auf Jahrzehnte hinaus festgelegt haben könnte. In den Kreisen der Reichsregierung erklärt man jedoch, daß bindende Angebote noch nicht gemacht worden sind, daß aber selbstverständlich daran gedacht werden müsse, deutscherseits teils Vorschläge an die alliierten Regierungen zu machen. In Deutschland scheinen die parlamentarischen Kreise zu übersehen, von welcher entscheidender Bedeutung die Lösung des Sicherheitsproblems ist und wie sehr viel davon abhängt, ob die von deutscher Seite ausgesprochene Bereitwilligkeit zur Lösung dieser Frage von der Gegenseite auch ernst genommen wird. Die Berliner diplomatischen Kreise betonen daher nochmals, daß es absolut verfehlt wäre, wenn jetzt in Deutschland gegen das Vorgehen der Regierung Einspruch erhoben würde, zumal die deutsche Außenpolitik dringender an einer schnellen Regelung des Sicherheitsproblems interessiert ist. Die Reichsregierung ist sich wohl bewußt, daß sie innenpolitische Widerstände überwinden muß, wenn sie jetzt dazu schreitet, sich durch einen Sicherheitspakt gegenüber den alliierten Regierungen auf lange Sicht hinaus zu binden und auf irgendwelche Veränderungen zur Veränderung der deutschen Westgrenze zu verzichten. Eine solche Bindung wird aber notwendig sein, um überhaupt zu einer Friedensgarantie zu kommen, die, wie schon wiederholt betont wurde, auch von Deutschland gefordert werden muß. Die deutsche Regierung wird selbstverständlich auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit verharren und verlangen, daß das Deutsche Reich vor den Grenzverletzungen seiner Nachbarn geschützt wird und man ihm seine volle Souveränität garantiert. Wird dieses Ziel erreicht, so ist die Friedensfrage für Deutschland vorläufig gelöst, so daß der innere Wiederaufbau endlich ohne Störungen und Unterbrechungen von außen her fortgesetzt werden kann.

Im Reichskabinet selbst herrscht, wie wir ausdrücklich versichern können, über diese Fragen volle Einmütigkeit und es wäre ganz verfehlt, wenn etwa erzuht werden sollte, Meinungsverschiedenheiten in die Regierung hineinzutragen. Wenn von deutschnationaler Seite an der Haltung der Regierung Kritik geübt worden ist, so ist man in den Kreisen der Reichsregierung selbst kaum geneigt, hierin ein besonders beunruhigendes Moment zu erblicken. Die deutschnationale Partei wird, nach Auffassung der offiziellen Kreise, kaum dagegen Einspruch erheben können, wenn das Reichskabinet in voller Uebereinstimmung mit den deutschnationalen Ministern und dem Reichstag in der Sicherheitsfrage Entscheidungen treffen sollte, die nun einmal im Rahmen der notwendigen Lebensbedürfnisse des Reiches liegen.

Im Reichskabinet selbst herrscht, wie wir ausdrücklich versichern können, über diese Fragen volle Einmütigkeit und es wäre ganz verfehlt, wenn etwa erzuht werden sollte, Meinungsverschiedenheiten in die Regierung hineinzutragen. Wenn von deutschnationaler Seite an der Haltung der Regierung Kritik geübt worden ist, so ist man in den Kreisen der Reichsregierung selbst kaum geneigt, hierin ein besonders beunruhigendes Moment zu erblicken. Die deutschnationale Partei wird, nach Auffassung der offiziellen Kreise, kaum dagegen Einspruch erheben können, wenn das Reichskabinet in voller Uebereinstimmung mit den deutschnationalen Ministern und dem Reichstag in der Sicherheitsfrage Entscheidungen treffen sollte, die nun einmal im Rahmen der notwendigen Lebensbedürfnisse des Reiches liegen.

Im Reichskabinet selbst herrscht, wie wir ausdrücklich versichern können, über diese Fragen volle Einmütigkeit und es wäre ganz verfehlt, wenn etwa erzuht werden sollte, Meinungsverschiedenheiten in die Regierung hineinzutragen. Wenn von deutschnationaler Seite an der Haltung der Regierung Kritik geübt worden ist, so ist man in den Kreisen der Reichsregierung selbst kaum geneigt, hierin ein besonders beunruhigendes Moment zu erblicken. Die deutschnationale Partei wird, nach Auffassung der offiziellen Kreise, kaum dagegen Einspruch erheben können, wenn das Reichskabinet in voller Uebereinstimmung mit den deutschnationalen Ministern und dem Reichstag in der Sicherheitsfrage Entscheidungen treffen sollte, die nun einmal im Rahmen der notwendigen Lebensbedürfnisse des Reiches liegen.

Im Reichskabinet selbst herrscht, wie wir ausdrücklich versichern können, über diese Fragen volle Einmütigkeit und es wäre ganz verfehlt, wenn etwa erzuht werden sollte, Meinungsverschiedenheiten in die Regierung hineinzutragen. Wenn von deutschnationaler Seite an der Haltung der Regierung Kritik geübt worden ist, so ist man in den Kreisen der Reichsregierung selbst kaum geneigt, hierin ein besonders beunruhigendes Moment zu erblicken. Die deutschnationale Partei wird, nach Auffassung der offiziellen Kreise, kaum dagegen Einspruch erheben können, wenn das Reichskabinet in voller Uebereinstimmung mit den deutschnationalen Ministern und dem Reichstag in der Sicherheitsfrage Entscheidungen treffen sollte, die nun einmal im Rahmen der notwendigen Lebensbedürfnisse des Reiches liegen.

Im Reichskabinet selbst herrscht, wie wir ausdrücklich versichern können, über diese Fragen volle Einmütigkeit und es wäre ganz verfehlt, wenn etwa erzuht werden sollte, Meinungsverschiedenheiten in die Regierung hineinzutragen. Wenn von deutschnationaler Seite an der Haltung der Regierung Kritik geübt worden ist, so ist man in den Kreisen der Reichsregierung selbst kaum geneigt, hierin ein besonders beunruhigendes Moment zu erblicken. Die deutschnationale Partei wird, nach Auffassung der offiziellen Kreise, kaum dagegen Einspruch erheben können, wenn das Reichskabinet in voller Uebereinstimmung mit den deutschnationalen Ministern und dem Reichstag in der Sicherheitsfrage Entscheidungen treffen sollte, die nun einmal im Rahmen der notwendigen Lebensbedürfnisse des Reiches liegen.

Im Reichskabinet selbst herrscht, wie wir ausdrücklich versichern können, über diese Fragen volle Einmütigkeit und es wäre ganz verfehlt, wenn etwa erzuht werden sollte, Meinungsverschiedenheiten in die Regierung hineinzutragen. Wenn von deutschnationaler Seite an der Haltung der Regierung Kritik geübt worden ist, so ist man in den Kreisen der Reichsregierung selbst kaum geneigt, hierin ein besonders beunruhigendes Moment zu erblicken. Die deutschnationale Partei wird, nach Auffassung der offiziellen Kreise, kaum dagegen Einspruch erheben können, wenn das Reichskabinet in voller Uebereinstimmung mit den deutschnationalen Ministern und dem Reichstag in der Sicherheitsfrage Entscheidungen treffen sollte, die nun einmal im Rahmen der notwendigen Lebensbedürfnisse des Reiches liegen.